

Werden beim Verlag und besten bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren

Einzelhefte 25 Pfg. — 25 Pfg. — 25 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst wöchentlich einmal in London. Verlag der German Cooperative Publishing Co. E. Bernstein & Co., London N. W. 114 Kentish Town Road.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wollen man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen.

Wider die Heher in Berlin.

Bismarck fährt fort, mit der Wuth eines gereizten Fischweibes auf die Schweiz loszuleufen. Nummer für Nummer bringt seine „Norddeutsche“ einen wahren Schwall von Schimpfergüssen wider die unbedeutende Alpenrepublik, alle erdenklichen Schändlichkeiten werden ihr angelastet, Drohungen über Drohungen wider sie ausgehoßen.

Es ist eine alte Erfahrung, daß wo ein Laster zur Gewohnheit geworden, auch die Fähigkeit verloren geht, diejenige zu begreifen, die dieses Laster nicht pflegen. So merkt der Gewohnheitslaster gar nicht, daß er beim Nichtlaster Edel erregt, so hat der Gewohnheitslaster schließlich gar keinen Maßstab mehr dafür, ob seine Lügen gläubige Ohren finden oder nicht.

Wenn aber Bismarck durch den Mund seiner „Norddeutschen“ in denselben Augenblick, wo der wir wissen nicht wie viele seiner Lockspiegel, die er in die Schweiz zum „Wählen“ entsendet, als solcher entlarvt worden ist, die Schweiz als eine Herberge des Umsturzes, als eine Gefahr für den Frieden Europa's denunziert, da weiß nicht nur jeder, sondern da sagt auch jeder, daß das eine ebenso freche wie dumme Lüge ist, und anstatt daß das denunzierte Land seine Position verschlechtert sieht, sieht es sie verbessert.

In der Schweiz hatte man das einen Augenblick verkannt und sich im ersten Schrecken zu Konfessionen bereit gezeigt. Aber allmählich ist auch dort die Besinnung zurückgekehrt und man läßt das Ranzlerblatt leisen, ohne sich auf sein Gezeiter lang und breit einzulassen.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß man alle Lügen und Verdrehungen unbeantwortet passiren lassen, ihnen quasi einen Freibrief ausstellen muß. Das hieße wiederum dem Verleumder das Spiel erleichtern. Ihn, wo man ihn auf krummen Wegen ertappt, zu packen, sein Spiel bloßzulegen und dadurch möglichst zu vereiteln, das ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Angegriffenen, wie aller Freunde des Rechts.

Aus diesem richtigen Gefühl haben auch unsere deutschen Genossen in der Schweiz ihrerseits das Wort in dem Konflikt ergriffen und den unverschämten Lügen der Bismarckschen Soldpresse über die Schweiz als Unruhefisterin eine Zusammenstellung wirklicher Unruhefister in der Schweiz entgegengehalten, die sammt und sonders Soldlinge der deutschen Polizei waren.

Wir lassen dieses Manifest, seiner parteigeschichtlichen Bedeutung wegen hiermit seinem vollen Wortlaut nach folgen:

An unsere deutschen Partei- und Gesinnungsgenossen an die Bevölkerung der Schweiz.

Zeit vielen Wochen haben die bekannten Vorgänge mit dem deutschen Polizeikommissar Wohlgenuth und die deutscherseits sich daran knüpfenden Forderungen die öffentliche Meinung der Schweiz und Deutschlands und finden Beachtung in der ganzen kulturellen Welt.

Was uns deutsche Sozialdemokraten in der Schweiz aber veranlaßt, ebenfalls in diesem Streite zwischen den Regierungen der beiden Länder das Wort zu ergreifen, das sind die Beschuldigungen und Anklagen, welche Deutschland gegen die Handhabung des Asylrechts in der Schweiz erhebt.

Danach sollte man glauben, die Schweiz sei der Unterthan für alle Attentate Europas und als sei speziell die innere Ruhe Deutschlands durch die Gewährung des Asylrechts an die in Deutschland politisch Geächteten und Verfolgten der höchsten Gefahr ausgesetzt, als würden von hier aus hoch- und landesverrätherische Pläne geschmiedet, um

den Untergang des armen mächtigen Deutschen Reiches herbeizuführen. Diese Beschuldigungen erinnern an die bekannte Fabel vom Wolfe und dem Lamm. Das letztere hatte nach Ansicht des Wolfes unten am Bache dem Wolfe oben das Wasser getrübt und dafür mußte es getreten werden.

Partei- und Gesinnungsgenossen, Bürger der Schweiz. Nachdem im Jahre 1878 in Deutschland das Sozialistengesetz erlassen worden, sahen sich eine Anzahl deutscher Sozialdemokraten in der Schweiz veranlaßt, den „Sozialdemokrat“ in Zürich herauszugeben, der am 1. Oktober 1879 erschien.

Das Blatt erwarb durch die scharfe Sprache, in welcher es die Zustände in Deutschland und die leitenden Personen kritisierte, allmählich einen großen Leserkreis und damit in Verbindung auch die übrige, meist wissenschaftlich gehaltene Broschürenliteratur, die ebenfalls durch den Verlag des „Sozialdemokrat“ in Hottlingen-Zürich herausgegeben wurde.

Wie immer aber die Haltung des „Sozialdemokrat“ seitens seiner Gegner beurtheilt werden mag, zu hoch- und landesverrätherischen Unternehmungen, zu Attentaten auf gekrönte Häupter und mächtige Personen in Deutschland hat derselbe nie, weder direkt noch indirekt, aufgefördert. Wohl aber hat er Pläne, wie sie durch die „Moralische Freiheit“ und andere anarchische Organe unterstützt und befürwortet wurden, belämpft.

Der „Sozialdemokrat“ hätte selbst in Deutschland auf solche Verbrechen hin von keinem Gerichte verurtheilt werden können. Daß dieses in Deutschland gewisse Leute ärgerlich, ist erklärlich, und so kamen schließlich Spitzel nach der Schweiz, welche einmal die Art, wie die in Deutschland verbotene Literatur über die Grenze geschmuggelt wurde, anspionieren wollten, sowie ob nicht hoch- und landesverrätherische Pläne gegen Deutschland geschmiedet würden.

In Berlin brauchte man aber solche Verwässerungen, einmal, um das Asylrecht in der Schweiz diskreditiren zu können, dann, um in den Besitz von Material zu gelangen, das die immer wieder von Neuem geforderte Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstage begründen könnte. Ein Theil der Spitzel wurde jetzt in Laod- und Heppisgeln gemacht, welche die Thaten zu fördern suchten, zu denen sich deutsche Sozialdemokraten nicht hergeben wollten, und dies geschah unter Billigung und Anstiftung der Leiter der politischen Polizei in Deutschland.

So erschien im Jahre 1881 der aus Berlin und Leipzig ausgewiesene Friedemann, um für die „Propaganda der That“ zu wirken. Friedemann wurde in Zürich 1884 als Polizeispion entlarvt und mußte eilig die Schweiz verlassen. Dergleichen der Dreißiger Elias Schmidt, der in denselben Geiste wirkte und die Gründung eines Attentatsbundes befürwortete, zu dem er selbst die ersten 20 Franken zu steuern sich erbot. Er wurde schon 1882 als Polizeispion entlarvt und beehrte sich, den Schweizerboden zu verlassen.

Die gerichtliche Untersuchung wurde durch die preussische Polizei in sechs Monaten beendigt, weil er Plakate, welche die Thaten Zielmachers verheerlichten, in Nostal auflehte und dabei erwischt wurde. Durch die gerichtliche Untersuchung wurde die preussische Polizei entlarvt und nach Verhängung seiner Haft aus der Schweiz ausgewiesen. Noch weit mehr Ansehen als die Thaten der bisher Genannten erregten die Thaten der Schröder und Haupt, der Kaufmann und Bankier, des Herrn von Ehrenberg, die sammtlich ebenfalls im Dienste der preussischen Polizei standen und in ganz besonderer Nähe die Aufgabe hatten, die Schweiz als den Herd von Attentaten, Hoch- und Landesverräthern gegen die Monarchie Europas hinzustellen. Schröder stand, und was wir hier anführen, ist alles allemöglich erwiesen, seit 1881 im Dienste der preussischen Polizei. Schröder wurde mit Hilfe von preussischem Polizeigeld Schweizer-Bürger. Schröder stand mit dem Berliner Polizeirath Krüger, dem Leiter der politischen Polizei, unangesehen in schriftlichem und persönllichem Verkehr. Schröder hatte die Aufgabe, in zahlreichen Versammlungen und Vereinen und in den Zusammenkünften des Herrn von Ehrenberg zu spielen und auf die Nothwendigkeit der Gewalt und Revolution hinzuwirken.

Schröder stand nebst Kaufmann in intimen Beziehungen zu Stellmacher, Kammerer, Namißki u. Im August 1883, wenige Monate vor den Attentaten in Wien, Stuttgart und Straßburg, organisierte er mit den Spitzeln Friedemann und Kaufmann eine Konferenz in Zürich, an welcher er als Vorsitzender fungierte und fast alle die Genannten Theil nahmen. Es ist demnach mit Sicherheit anzunehmen, daß unter dem Vorhine des preussischen Polizeigenossen jene Verbrechen berathen und beschlossen wurden und mit seinem Wissen zur Ausführung gelangten. Schröder hat mit preussischem Polizeigeld eine Anzahl Nummern der „Freiheit“ der Führer in Schaffhausen drucken lassen. Schröder war Kolporteur des „Rebell“. Schröder war auch im Besitze einer selbsteigenen Dynamit- und zwar mit Wissen des Berliner Polizeirathes Krüger, die zu Attentatszwecken Verwendung finden sollte. Mit preussischem Polizeigeld beherbergte Schröder zahlreiche anarchische Ausgewiesene und Flüchtlinge und unterstützte er polnische und russische Komplotte.

Eine ähnliche Rolle wie Schröder in Zürich, spielte Haupt in Genf. Der Polizeirath von Hade gab Haupt persönlich den Rath, unter die Anarchisten zu gehen. Haupt mußte sich namentlich in das Vertrauen der Russen und Polen fällen. Dazu gab ihm Polizeirath Krüger den Rath: „Sie sind ein baumstarker Mann, sondern Sie die Kerle nur nieder, führen Sie dieselben nach Hause und bleiben Sie in Ihrem Zimmer über Nacht, so bekommen Sie das Röthig.“

Dann rief er ihm wieder: Er solle sich nicht von Humanitätsrückichten plagen lassen, daß werde sich schon verlieren, er solle nur weiter arbeiten.“ Und von Hade schrieb ihm: „Man sei zufrieden mit ihm, seine Berichte seien nichtlagend, man müsse nicht haben.“ 1885 schrieb Krüger an Haupt: Er wisse, daß das nächste Attentat gegen den Czaren von Genf ausgehen werde, darüber brauche er Berichte! Die gleiche Rolle spielte Kaufmann als intimer Vertrauter Stellmachers und Kammerers, und dann Bankier, beide im preussischen Polizeidienste. Letzterer gab im Februar 1884 in Winterthur, wo er sich als radistaler Anarchist hütet aufhielt, zu, daß er dafür gewesen sei, durch Nord von Geldrenten Geld für eine anarchische Zwecke zusammen zu bringen. Und mit Rücksicht auf die Ermittelung Bösch's angab er: „Er wünschte, daß der Schuß höher, weit höher gegangen wäre.“

Ein Heppisgel schlammiger Sorte war auch der Hauptmann a. D. v. Ehrenberg. Er hatte seine Verichte an von Hade in Frankfurt zu liefern. Er hatte die Aufgabe, die deutschen Sozialdemokraten in hoch- und landesverrätherische Unternehmungen mit Frankreich gegen Deutschland zu verwickeln. Ferner führte er sogenannte Handbullen, in welchen er angebliche Unterhaltungen mit sozialdemokratischen Führern verzeichnet, alle im gefährlichsten hoch- und landesverrätherischen Sinne. Zweck war, diese von ihm verfaßten Akten,

Kassette und Briefe beim Ausbruch eines Krieges der deutschen Regierung zur Verfügung zu stellen, um die Führer der Partei unter der Einwirkung der allgemeinen Anfechtung ans Messer zu liefern. Ferner hat Ehrenberg seine Freundschaft zu Schweizer Attentatskünstlern dazu benutzt, um Kenntniß von den Gotthardbestimmungen zu erlangen und Theil an Italien zu verrathen.

Partei- und Gesinnungsgenossen, Schweizer Bürger! Alle diese Handlungen preussischer Polizeigenossen zeigen auf Liebergenüßlichkeit, wer diejenigen waren, welche die Schweiz zu einem Herd hoch- und landesverrätherischer Unternehmungen machen sollten. Nicht einem unserer Parteigenossen vermochte man Schuttschuld nachzuweisen. Die preussischen Heppisgel allein hatten dieses Geschäft übernommen.

Die Thatfache, daß alle diese schönen Pläne hauptsächlich durch die Leute und Herausgeber des Züricher „Sozialdemokrat“ ans Tageslicht gezogen wurden, erweckte den höchsten Jörn Deutschlands gegen diese. Sie sind diesem Jörn zum Opfer gefallen, sie wurden im Mai vorigen Jahres ausgewiesen.

Man hätte glauben sollen, daß damit Deutschland gegen die Schweiz nichts mehr einzuwenden hatte. Die ihm verhaßten Personen waren ausgewiesen, staatsgefährliche Agitationen gegen Deutschland vermochte man nirgends in der Schweiz unter den deutschen Sozialdemokraten nachzuweisen, was hatte Deutschland für Interesse, die Schweiz noch politisch überwachn zu lassen? Gar keines, sollte man meinen!

Und nun doch der Fall Wohlgenuth! Ein deutscher Polizei-Inspektor wird einen vermeintlichen Spion und gibt diesem den Rath: „Wählen Sie nur lustig darauf los!“ Man mußte glauben, nach all den früheren Vorkommnissen hätten es die deutschen Staatsleiter für ihre erste und dringende Aufgabe halten sollen, ihre Agenten in der Schweiz anzustellen, sich aufs Strengste aller Heppisgelhandlungen zu enthalten. Aber statt daß Deutschland die völkerrechtliche Handlung Wohlgenuths aufs Schärfste verurtheilt und bedauert, entschuldigt es diese und vertheidigt ihn. Das gibt zu denken.

Für uns sind die Pläne Deutschlands auf die Schweiz nicht mehr zweifelhaft. Die Neutralität und die Selbstständigkeit der Schweiz liegen weitest im Auge. Die militärischen Operationen Italiens und Deutschlands in einem Kriege gegen Frankreich werden durch die politischen Verbindungen Sinaos legende Schweiz hindert. Dieses Hinderniß soll beseitigt werden und zugleich der letzte und einzige Hart des demokratisch-republikanischen Prinzips der verächtlichen Koalition des wieder neu aufstrebenden Selbstherrschthums zum Opfer fallen.

Damit dies aber öffentlich vor Europa sich einigermassen redensfertigen läßt, muß die Schweiz vor den Augen Europas diskreditirt und als eine Gefahr für die monarchischen und sozialen Institutionen Europas hingestellt werden.

Das kann nur geschehen, wenn es als Herd der sozialen Revolution erkeint, und diesen Glauben zu erzeugen, war die Aufgabe der Laod- und Heppisgel.

Der Untergang der Schweiz als selbstständiger Staat ist das Ziel dieser Politik. Das soll und darf nicht geschehen!

Wer Augen hat, zu sehen, der sehe. Partei- und Gesinnungsgenossen! Unsere Aufgabe kann es nicht sein, den monarchischen Nachbarn in Deutschland und Italien in die Hände zu arbeiten. Der klar vor Augen liegende Plan verpflichtet uns, nichts zu thun, was Deutschland oder Italien eine Handhabe bietet, ihre Absichten gegen die Schweiz zu verwirklichen.

Wir und Ihr Alle, wir haben bisher nichts gethan, das die Schweiz zu kompromittiren vermochte, wir werden es auch femer nicht thun. Aber es erwächst uns noch eine weitere Aufgabe. Wo und unter welcher Gestalt und Form Pläne und Borschläge an uns herantreten, die geeignet sein könnten, der Schweiz zu schaden, post die Verleumder an tragen und überliefert ihre Namen und Thaten sofort der Öffentlichkeit, es sind entweder Karren oder Heppisgel.

Wir ahnen damit uns, unsere Brüder und Gesinnungsgenossen in Deutschland und dem Lande, dessen Vorkundenschaft wir genießen. Das sozialistisch-republikanische Prinzip wird in letzter Instanz doch triumphiren über die dunklen Machinationen des völkerverpehrenden Despotismus.

Der Landesauschuss der deutschen Sozialisten der Schweiz.

Es ist ein gehöriges Sündenregister, das hier den Berliner Heppisgeiern vorgehalten wird, mehr als ausreichend, den vollgültigen Beweis zu liefern, daß sie als die Anlagbank gehören, wenn von politischer Ruhefindung, von Attentaten auf die innere Sicherheit eines befreundeten Staates die Rede ist. Aber das Register ist noch lange nicht erschöpft. Das Manifest hätte den dreifachen Umfang annehmen müssen, hätten unsere Genossen alle Thatfachen zusammenstellen wollen, welche über die Umtriebe der preussisch-deutschen Spitzel in der Schweiz und im Auslande überhaupt, sowie über das ganze Spitzelsystem in Preußen Deutschland im Laufe der Jahre an's Tageslicht gekommen sind.

So ist z. B. die Thatfache unerwähnt geblieben, die ewig bezeichnend bleibt für den Geist, der die Stützen der Ordnung in Deutschland beherrscht — daß zu einer Zeit, da Kost im Delirium des extremsten Anarchismus sich erging und fast jede Nummer seines Blattes zu Attentaten jeder Art, zu den ärgsten Gewaltthatigkeiten aufforderte, der Minister der preussischen Polizei (den Sozialdemokraten gegenüber) erklären durfte: **Wost ist mir viel lieber als Sie!**

Der Minister, der diesen Ausdruck that, war R. v. Puttkamer, der Schwager und damals der Vertraute, die rechte Hand des Leiters der deutschen Politik.

In einem ihrer Schmähartikel wider die Schweiz hat die „Norddeutsche“ die Schamlosigkeit, die Flugblätter „Kleinfischer Kunde“, „Der schlechte Arbeitslohn“, „Ein Wort zur Aufklärung“, „An das arbeitende Volk“ als von gleicher Tendenz wie der „Sozialdemokrat“ zu bezeichnen und ihre Verstellung in der Schweiz diesem Lande zum Vorwurf zu machen. Wohl, diese Flugblätter sind erstens nicht von der gleichen Tendenz wie der „Sozialdemokrat“ — sie sind anarchische, zweitens richten sie sich durchaus nicht mehr gegen das deutsche Reich wie gegen die Schweiz, und drittens ist ihr Deud in der Schweiz vermittelt worden durch den Lockspiegel des Berliner Polizeipräsidiums, Schröder.

Wie intim das System Bismarck-Puffamer mit dem Lockspitzthum verwachsen ist, wie solidarisch es selbst sich mit ihm fühlt, geht aus der Art hervor, wie es jede Blossstellung einer dieser Kreaturen als ein Staatsvergehen höchsten Ranges zu ahnden sucht.

Die Entlarvung des Lockspitzels Jhring-Mahlow, der den Berliner Arbeitern Unterricht im Anfertigen von Dynamit erteilte, weil es „mit dem parlamentarischen Wege zu langsam“ geht, wurde mit der Ausweisung und der damit verbundenen enormen geschäftlichen Schädigung Paul Singers, mit der Ausweisung Jens Christensen und der Jagd desselben durch ganz Deutschland, und schließlich mit der gerichtlichen Verfolgung aller Arbeiter, die bei der Entlarvung mitgewirkt, gerächt.

Die Entlarvung des Lockspitzels Schröder wurde mit der beim Schweizerischen Bundesrath verlangten und auch durchgesetzten Ausweisung des ganzen Stabes des „Sozialdemokrat“ aus der Schweiz bestraft!

Die Entlarvung des Spitzels Wohlgenuth soll jetzt — ja wovon denn? Mit der Ausstreichung der Schweiz aus der Reihe der Lebenden gebüßt werden. Drastischer kann man es nicht konstatiren, daß die Wohlgenuth, die Jhring-Mahlow, die Schröder — „Wir“, das Reich sind. Und das „Reich“, will sagen das System Bismarck, hat sich mit ihnen solidarisch erklärt, nachdem ihre Lockspitzeleien an den Tag gekommen.

Lockspitzel Schröder war Schweizer Bürger geworden, um „Lustig weiter drauf loswühlen“ zu können. Die „Rücksichten gegen einen befreundeten Nachbarstaat“ hinderten Preußen-Deutschland durchaus nicht, einen Schweizer Bürger als Spion zu unterhalten.

Und schwerlich wird es bei dem Einen geblieben sein, schwerlich wird man bei dem Eingelaufenen Halt gemacht haben. In den letzten Wochen ist dem Schweizer Bundesrath, wie es scheint, endlich ein Licht aufgegangen über die wahre Bedeutung der fortgesetzten Schimpf- und Heppartikel im „Stadtbote“ des Herrn **Ed. Attenhofer** in Zürich. Er soll nach dem „Winterhurer Landboten“ zweimal die Frage erörtert haben, ob nicht Eduard Aitenhofer wegen . . . Verbreitung falscher Nachrichten und von Denunziationen, die von deutschen Blättern reproduziert und zum Stützpunkte ihrer Angriffe gegen die Schweiz gemacht werden — strafgerichtlich zu verfolgen sei.“ Die freien Einrichtungen der Schweiz boten dazu keine Handhabe, zum Glück möchten wir beinahe sagen, denn: „was Ihr dem Geringsten unter ihnen gethan, das habt Ihr mir gethan.“ Der Preßbandit **Ed. Attenhofer** gehört zum System Bismarck. Das Geschrei wäre mit verdoppelter Intensität von Neuem losgegangen.

Vorläufig ist's allerdings noch gar nicht verstummt und wird auch so bald nicht verstummen. Der „Sozialdemokrat“ ist aus der Schweiz fort — die Art, wie die „Norddeutsche“ jetzt dem Bundesrath für diesen Liebesdienst Bismarcks Dank abstatet, ist sehr hart aber wohlverdient — die russischen Freiheitskämpfer sind ausgewiesen, aber Bismarck gibt keine Ruhe. Er kann und wird der Schweiz nicht vergeben, daß sie — die Schweiz ist. Durch sich selbst ist sie eine beständige Bedrohung der Ruhe und Ordnung in Preußen-Deutschland. Der despotische Militarstaat kann keinen freien Staat als Nachbar dulden. Und darum wird fortgehebt werden.

Hoffen wir, daß das Schweizervolk trotz alledem müthig Stand hält. Wo er auf einen entschiedenen Willen steht, kann auch der Eisenhügel sehr schon klein belagern. Was's daher mit dem Generalanwalt — dem übrigen vom Nationalrath, wie wir zugehen müssen, die Nägel etwas beschnitten worden sind — genug sein. Die Schweiz hat noch manchen Trumpf in der Tasche, und wenn die Degmeister an der Spree Geflüste zeigen, sie zu verschlucken, so gibt es kein besseres Mittel, ihnen dieses Geflüste zu vertreiben, als wenn man ihnen zeigt, daß der Bissen selbst für ihren Magen unverdaulich ist.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 3. Juli 1885.

— Zum **Internationalen Kongress der Vereinigten Sozialisten** liegen folgende weitere Bestimmungen vor:
Griechenland: Für die Gruppe der griechischen Sozialisten: **Platon B. Protalis**, Redakteur des sozialistischen Organs „Arden“ in Athen.

Norwegen: **Karl Jevyesen** für die sozialdemokratische Partei Norwegens.

Aus **Italien** sind noch folgende Beitrittserklärungen eingegangen: **Abdillo Sammito** für die sozialistischen Gruppen Siziliens, **O. Gnocchi-Viani** für die sozialistischen Gruppen Mailands.

Die **Ungarische Arbeiterpartei** wird, wie wir aus der „Arbeiter-Wochenzeitung“ erfahren, außer durch **Leo Frankel** noch durch **A. Jhringer** in Paris vertreten sein.
Von deutschen Delegationen werden noch folgende gemeldet: **J. Kläh-Gimhorn** (Schuhmacher von Darmstadt), **W. Bock-Golka** (gebildet von den Schuhmachern in Magdeburg in der Erwartung, daß die Schuhmacher an andern Orten Deutschlands diese Wahl unterstützen). **Serg-Werth** (Berliner Zimmerleute), **Karl Regler-Berlin** (Berliner Drechsler), **Karl Schulze**, Berliner Ausgemessener (**Ungarischer Arbeiter**), **Karl Ulrich** (Darmstadt). Die **Berliner**, **Juchneider** etc. Berlin haben in einer Resolution dem Kongress ihre Sympathie ausgedrückt, aber von einer Delegation Abstand genommen, weil die deutschen Arbeiter anderweitig genügend vertreten sein werden. Für die **Tischler Deutschlands** wird wahrscheinlich **Karl Klog** - Stützpunkt nach Paris gehen; seine Wahl ist in Vorschlag gebracht und bereits in verschiedenen Städten angenommen worden.

— Zum **Hauptvorstand der dänischen sozialdemokratischen Partei** geht ein Schriftstück mit der Bitte um Veröffentlichung zu, in welchem die Gründe, welche die Haltung der dänischen Partei in der Frage des Internationalen Kongresses bestimmten und noch bestimmen, des Weiteren dargelegt werden. Leider fehlt uns der Raum, das etwas sehr umfangreich gerathene Schreiben seinen vollen Wortlaut nicht abdrucken, wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, seinen Inhalt in zusammengefaßter Form wiederzugeben.

Zunächst weisen die Genossen darauf hin, daß die dänische Partei, deren Delegirte auf dem Londoner Internationalen Kongress von 1888

anwesend waren, durch deren Botum mitverantwortlich seien für den Beschluß, den französischen Possibilisten die Organisirung des 1888er Internationalen Kongresses zu übertragen. In einem Briefe von der damals sich ergebende Verwirrung läge nur dann eine zwingende Veranlassung vor, wenn zugleich der überzeugende Beweis vorläge, daß die Possibilisten ihr Mandat übertreten oder umgangen hätten.

Der Forderung der Haager Konferenz, daß auch die anderen sozialistischen und Arbeiterparteien die Einladung zum Kongress unterschreiben sollten, legten die dänischen Genossen nur untergeordnete Bedeutung bei. Es komme weniger darauf an, wer zu einem Kongress einlade, sondern welche Fragen auf ihm diskutiert werden und wer an ihm theilnehme.

Die von anderer Seite geäußerte Befürchtung, daß die Possibilisten den von ihnen angelegten Modus der Mandatsprüfung dazu benutzen würden, die marxistischen und blanquistischen Delegirten anzuschließen, habe das Nationalkomitee der Possibilistischen Partei mit Entschiedenheit zurückgewiesen und für die dänische Partei kein Grund beizubringen, irgend welches Mißtrauen gegen das Nationalkomitee zu hegen. Trotzdem habe sich, angesichts der Wichtigkeit dieser Frage, der Vorstand der dänischen Partei veranlaßt gesehen, zu einer Zeit, wo der andere Internationale Kongress noch nicht ausgeschrieben war, — 20. April — einen Versuch zur Vermittelung zu machen und habe den Possibilisten vorgeschlagen, daß gegen die Unbilligkeits-Erklärung von Mandaten durch die nationalen Komitees die Anrufung der Entscheidung des Kongresses vorgeschrieben werden möge. Auf diesen Vorschlag habe das Nationalkomitee der Possibilisten in einem Schreiben, datirt vom 8. Mai, zu- fällig und geantwortet. Da gleichzeitig die dänischen Genossen erfahren hätten, daß Genosse **Bolders-Brüel**, der den Possibilisten die Beschlüsse der Haager Konferenz unterbreite, keine andere Jagestände in dieser Hinsicht verlangt hätte, so hätten sie sich der Anrufung hingegen, daß in diesem Punkte alle Schwierigkeiten gehoben seien.

In Bezug auf die Frage der Tagesordnung des Kongresses theilten die dänischen Genossen im Prinzip den Standpunkt der Possibilisten, daß die Tagesordnung so lange vor dem Kongress bekannt gemacht werden müsse, daß diejenigen, die denselben besuchen, Stellung zu den einzelnen Fragen nehmen und ihre Delegirten dahin instruiren können. Die Forderung der Haager Konferenz dagegen, daß die Tagesordnung vom Kongress selbst festgesetzt werden solle, würde dahin führen, daß ein Theil der Zeit des Kongresses selbst dazu in Anspruch genommen werde, die Tagesordnung festzusetzen, ehe man zu den Debatten übergehe, und ein rechtzeitiges Studium der zu behandelnden Fragen verhin- dert. Doch haben auch in diesem Punkte die dänischen Genossen zu vermitteln gesucht und vorgeschlagen, daß wenn drei Nationen eine Frage behandelten, diese der Tagesordnung hinzugefügt bzw. dem Kongress überwiegen werden sollte. Nach dieser Forderung habe das Nationalkomitee der Possibilisten in dem vorerwähnten Schreiben geantwortet.

Ueberhaupt habe das Nationalkomitee die von der Haager Konferenz vorgeschlagenen Punkte der Tagesordnung hingegen und so hätten nun beide Kongresse ganz dieselben Fragen auf der Tagesordnung. Nachdem so in den Hauptpunkten alle Schwierigkeiten beseitigt worden seien, welche einer Verständigung im Wege gewesen, könnten die dänischen Genossen nicht zugeben, daß Gründe von hinlänglicher Bedeutung vorliegen, gleichzeitig zwei Internationale Arbeiterkongresse abzuhalten, bezw. zu der damit verbundenen Spaltung der Kräfte der Arbeiter im Kampf für Förderung ihrer Interessen, und hätten somit sich die dänischen Genossen konsequenterweise dem von den Possibilisten eingebrachten Kongress, in dem sie selbst mit dem Mandat gegeben, anzuschließen müssen. Angehts der Bitterkeit, mit der auf beiden Seiten die Streitfrage des Kongresses erörtert und überhaupt polemisiert werde, beschuldigungen hin und her erhoben worden, müßten die dänischen Genossen sehr langsam sein, wenn sie sich dem Glauben hingegen sollten, daß der Streit mit dem Zusammentritt beider Kongresse aufhören werde. Im Gegentheil werde die Nothwendigkeit, vor dem Kongress die Gründe des Verhaltens darzulegen, auf beiden Seiten dahin führen, dort die Polemik zu wiederholen.

Es heißt also dann wörtlich:

„Wenn wir an dem von marxistischen Seite eingebrachten Kongress Theil nähmen, müßten wir also betonen, daß wir einer Mißbilligungserklärung wider die Possibilisten gegenübergestellt werden würden. An einer solchen können wir nicht Theil nehmen. Schon was wir in dem vorhergehenden gesagt haben, beweist, daß wir einen solchen Standpunkt nicht einnehmen können. Wir haben aber auch andere Gründe. Wir sehen in den Possibilisten Genossen, die die nicht nur für Frankreich, sondern für die ganze Welt bedeutungsvolle Aufgabe, die Arbeiter in Paris zu organisiren, zu lösen vermocht haben. Ihr Programm sagt uns, daß sie diese organisatorische Arbeit auf einer sozialistischen Basis ausgeführt haben. Wir können nicht umhin anzuerkennen, daß sie als Genossen den Feind bekämpfen, den wir auch bekämpfen, nämlich den Kapitalismus, und der Gesellschaft zustreben, der auch wir zustreben: der sozialistischen Gesellschaft.“

Wenn wir an dem von den Possibilisten eingebrachten Kongress Theil nähmen, würden wir gewiß einem Mißtrauensvotum gegen die andere Seite hin gegenübergestellt werden. In diesem können wir aber auch nicht Theil nehmen. Wir können gegen die übrigen französischen Sozialisten, die divergirende Anschauungen sind, einen entschiedenen Standpunkt nicht einnehmen, sondern nur die vorhandene Spaltung bedauern. Hierzu kommt, daß auf der marxistischen Seite unsere deutschen Genossen stehen, Leute, mit denen wir häufig in Verbindung getreten sind und deren Handlungsweise wir kennen. Können wir ihnen ein Mißtrauensvotum geben? Nein, und wiederum Nein! Die heroische Weisheit, mit der sie unter den brutalen Verfolgungen, welche die Nachfolger gegen sie richteten, für unsere Sache kämpften, verbietet uns, Mißtrauen gegen sie zu hegen. Wir wollen überhaupt an keiner Mißtrauens- erklärung gegen Sozialisten Theil nehmen, die für unsere gemeinschaftliche Sache kämpfen, selbst wenn wir über einzelne Fragen eine andere Auffassung als sie haben.“

Weiter fürchten die dänischen Genossen, daß die beiden Kongresse möglicherweise über die zur Verhandlung stehenden Fragen heterogene Beschlüsse fassen und daß dies dem späteren Zusammenarbeiten hinderlich sein möchte. Dazu, an beiden Kongressen Theil zu nehmen mit der bestimmten Forderung, daß sie zu einem Kongress verschmolzen werden, können sich die Genossen aus dem Grunde nicht entschließen, weil, wenn der Versuch mißlänge, sie und alle, die ein solches Mandat erhalten, gezwungen wären, die Kongresse zu verlassen, das würde aber noch viel mißlicher sein als die gegenwärtige Sachlage, denn es würde eine Sprengung beider Kongresse sein, und dazu könnten sie nicht die Hand bieten. Ist es unvernünftig, daß zwei Kongresse stattfinden, dann mögen sie wenigstens zusammenbleiben, bis sie ihre Tagesordnung erledigt haben.

Die dänischen Genossen gäben sich aber der Hoffnung hin, daß es noch immer möglich sein werde, beide Kongresse, bevor der Zusammentritt stattfindet, zu vereinigen. Sie haben ihrerseits alles Mögliche gethan, dieses Ziel zu erlangen, die Hindernisse, die der Vereinigung im Wege standen, zu beseitigen. Und die dänische sozialdemokratische Partei habe ihren Vorstand beauftragt, noch weiter für die Vereinigung thätig zu sein.

„Es ist unsere Ueberzeugung“, schließt das Schriftstück, „daß dies ohne Demüthigung geschehen kann und ohne daß die Interessen, die man durch den bisher vertretenen Standpunkt zu verteidigen geglaubt hat, auf irgend eine Weise hinterzogen werden.“

Es ist gesagt worden, daß wenn nicht gegen die Art und Weise, wie das possibilistische Nationalkomitee den Kongress einberufen und organisiert hatte, protestirt worden sei, es dann geschehen haben würde, als ob das Nationalkomitee die einzige Arbeiterpartei Frankreichs repräsentire. Das kann jetzt nicht mehr gesagt werden. Die Zustimmung, die die übrigen sozialistischen Arbeiterorganisationen Frankreichs für den Kongress, zu dem sie die Initiative ergriffen haben, gefunden haben, zeigt, daß diese Organisationen nicht allein existiren, sondern auch ein erhebliches Ansehen genießen. Hierdurch und durch die Einräumungen, die das Nationalkomitee gemacht hat, ist ihre Gleichstellung unserer Meinung nach völlig anerkannt worden und niemand wird ihnen in der Zukunft den Einfluß, zu deren Ausübung sie berechtigt sind, streitig machen können.

Mit Beziehung auf diese unsere Darlegungen richten wir noch einmal die dringende Aufforderung an unsere Genossen auf beiden Seiten, die zwei Kongresse zu vereinigen. So bald dies geschieht, und sobald wir Nachricht davon erhalten, wird die dänische Sozialdemokratie unverzüglich ihre Repräsentanten schicken, um an der gemeinschaftlichen Arbeit,

die gerechten Forderungen des unterdrückten Arbeiterstandes zu fördern, Theil zu nehmen.

Mit sozialistischem Gruß und Handschlag
Im Namen des Hauptvorstandes der dänischen Sozialdemokratie
P. Studien, Kopenhagen K,
Nömersgade 22.

So die Zeitung der dänischen Sozialdemokratie. Wir halten bei dem vorerwähnten Stadium der Kongressfrage eine Erneuerung der Polemik nicht für zweckmäßig und geben daher über die nach unserer Ansicht irrigen Punkte in ihrer Darstellung hinweg, indem wir die Leser auf unsere früheren Mittheilungen in dieser Sache verweisen. Nur zwei Bemerkungen seien hier angefügt.

Wir anerkennen durchaus die guten Absichten unserer dänischen Freunde bei ihrem Vermittelungsversuche und geben zu, daß die ihnen gemachten Jagestände der Possibilisten solche waren, daß auf ihrer Basis eine Verständigung leicht hätte erzielt werden können. Dazu war aber nöthig, daß diese Jagestände von den Possibilisten öffentlich in einer nicht mißzuverstehenden Form zur Kenntniß aller Betheiligten gebracht worden wären. Das ist aber nicht geschehen. Im Gegentheil haben die Possibilisten noch nach dem 11. Mai wiederholt öffentlich erklärt, daß sie nicht gewillt seien, von ihrem einmal eingenommenen Standpunkt abzutreten. Das war doch sicher nicht geeignet, die andere Seite zum Aufgeben des durch die ursprüngliche Weigerung der Possibilisten notwendig gewordenen zweiten Kongress zu veranlassen.

Der Zweifel unserer dänischen Freunde an der Wahrscheinlichkeit einer Verständigung beider Kongresse nach deren Zusammentritt, ist nach unserer Ansicht nur unter der Voraussetzung gerechtfertigt, daß die Possibilisten auch alsdann noch auf ihrem Standpunkt beharren. Denn von der anderen Seite sind, denken wir, Beweise genug erfolgt, daß man auf der Basis eigentlich selbstverständlicher Grundzüge der Billigkeit zu einer Vereinigung bereit ist. Durch ein entschiedenes Eintreten für dieselben würden die dänischen Genossen die Sache der Verständigung weit mehr fördern als durch gänzlichliches Zurückbleiben vom Kongress.

Aber selbst angenommen die Verständigung läme nicht zu Stande, so können wir den sozialistischen Standpunkt unserer dänischen Freunde nicht theilen. Behauerlich wie diese Eventualität wäre, bräuhete sie doch keineswegs die Verhinderung der nun einmal vorhandenen Gelegenheiten zur Folge haben. Im Gegentheil, oft erzielt ein friedliches Nebeneinanderarbeiten viel günstigere Resultate als ein erzwungenes, bezw. künstlich erzielltes Miteinanderarbeiten. Es ist ja kaum anzunehmen, daß in den Fragen, die die Tagesordnung beider Kongresse ausmachten, heterogene Beschlüsse gefaßt werden sollten, und wenn es doch eintritt, so würde die Wirkung keine andere sein, als wenn auf einem einheitlichen Kongress in diesen Fragen eine, sagen wir rein gewerkschaftliche Minderheit einer sozialistischen Mehrheit gegenübersteht und umgekehrt. Aber, wie gesagt, wir befürchten das nicht, und können und daher auch mit der Hoffnung abfinden, daß beide Kongresse selbständig ihre Tagesordnung erledigen und, worauf wir viel größeres Gewicht legen, als dann am Schluß zu einer großen Friedens- Demonstration zusammenzutreten, um der Welt zu zeigen, daß wenn auch in einzelnen Punkten Meinungsverschiedenheiten unter den Vertretern der organisirten Arbeiterschaft obwalten, sie doch in Bezug auf das zu erreichende Ziel übereinstimmen, und namentlich einig sind in dem Widerstand gegen alle Völkerver- heugung, in dem Eintreten für einen großen Friedensbund der Völker auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechtes.

Des unsrer persönlichen Auffassung, was wir, um Mißverständnissen vorzubeugen, ausdrücklich hinzufügen.

— Zur **Berkommenheit der herrschenden Klassen** und des **herrschenden Systems**. Es ist eine bekannte Thatsache, daß gewaltthätige Menschen, sobald sie, in Folge glücklicher Erfahrungen, die sie gemacht, an der Allmacht der Gewalt irre zu werden beginnen, sich der Raderci und dem Mythiasmus in die Arme werfen. Der Glaube an Gott, an den Teufel, an irgend übernatürliche Kräfte muß ihnen den schwindenden Glauben an die eigene Kraft ersetzen. Die **Kaudriller** werden fromm, als sie vom bürgerlichen Strick sich befreit haben, der liberale französische Adel ergab sich nach der Einjährigkeit von 1789 dem schwärmerischsten Mythiasmus, die freigelegte Bourgeoisie hat sich zu Jesus Christus und seinen protestantischen und katholischen Heiligen und Wundern bekehrt, als sie merkte, daß in Gestalt des Reichthums der Henter an der Thüre steht, der eines schönen Tags ihrer Herrschaft ein Ende mit Schreden bereiten wird. Und das neueste Wunder, welches die Sozialdemokratie in Deutschland hervorgebracht hat, ist die Verherrlichung und Verminderung des Militarismus.

Seit der tolen **Blätter-Periode** unter dem plehischen Friedrich Wilhelm II. (halb Schwein, halb Rarr) ist die preussische Krone in religiösen Dingen bis zur neueren Zeit ziemlich indifferent oder neutral gewesen; es gab veroffentete Generale, die im Kagenzimmer oder Salons treuhaft von Gungen und Teufeln murrig lagen, oder wie Bismarck „vor ihrem Herrgott“ auf den Knien herumkrabbelten (wie er selber einmal erzählt hat), aber das waren nur Ausnahmen; die preussischen Offiziere im Allgemeinen ließen Gott einen guten Mann sein, und viels von ihnen, die sich in den modischen „Freibergerianismus“ vertieften, wurden sogar ausgesprochene Freigeister nach Art des „Alten Frey“. Seit wir aber einen neuen „alten Frey“ bekommen haben, ist das Alles anders geworden. Theils in Folge eigenthümlicher Naturanlage, theils in Folge von Urtheilen, denen seine schwächliche Konstitution nicht gewachsen war, ist der Betreffende, noch ehe er das sprechwürdige Alter erreicht hat („junge H—“, alte Betrüder“) bis über die Ohren in den „Sumpf der Söderci“ und Raderci gerathen, welcher beständige „Waldersee“ heißt. Dieser Waldersee, jetzt Chef des Generalstabs, Kanzler in spe, mit anderen Worten: „der lo mende Mann“ ist ein sehr schlauer und energischer Patron, der die Situation richtig erfaßt und vermittelst gefälliger Ausnützung der hiesigen Heerführern das Kommando fertig gebracht hat, den Entel des ersten Wilhelm, sobald man die Gewissheit erlangt hatte, daß „unser Frey“ höchstens noch als Sterbender auf den Thron gelangen könne, vollständig für sich mit Beschlag zu legen und den Umarmungen der Bismarck-Polypen zu entziehen. Seit 3 Jahren gehört der neue alte Frey dem Waldersee, welcher den Bismarck lenkt, und den Bismarck junior verachtet — und sich auch nicht die Mühe nimmt, diesen seinen Haß und und diese seine fouveräne Bewandlung in drastischer Weise zum Ausdruck zu bringen.

Genr Waldersee ist ein Mann von scharfem Verstand und großem Wissen; und obgleich psychologisch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß er es mit der Raderci und Söderci ernst meint, — Personen mit einseitigem Talent für die sog. Kräfte — der Militärs allein in Frage kommenden — Wissenschaften, verhält sich vorwiegend sehr leicht dem Mythiasmus —, so halten wir es doch für sehr wahrscheinlich, daß der kommende Mann machtpolitische Komodie spielt, und auf die Söderci und Raderci theils mit Rücksicht auf den Geistes und Körperzustand des neuesten „alten Frey“, theils aber auch in der wohlbedachten Heedsprechung verfallen ist, daß das herrschende System sich nur noch durch die Verbummungspolitik im Bund mit der rückwärts- losen Unterdrückungspolitik erhalten läßt, — wenn es überhaupt zu erhalten ist.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß bei Hof und in dem Palast des Grafen Waldersee das **Tischrücken** und ähnliche spirituellistische Bildhauerspiel à la Kefau, wo ein prästiger Bauerallhimmel den „Geist“ so erfolgreich geistelt hat, daß eine ganze Literatur daraus entstanden ist und die Gerichte viel Arbeit bekommen haben, bestig betrieben wird; und daß der Originalspiel von Kefau in der Person eines Dr. Müller, der vor einiger Zeit im großen Generalkstab arbeitete, und mit dem Graf Waldersee und dessen Leute in nächster Beziehung stehen, einen glühenden Verteidiger gefunden hat. Es sind das „Zeichen der Zeit“, aber die man laden kann, deren Bedeutung jedoch nicht unterschätzt werden darf.

Vor einigen Tagen starb im Irrenhaus (bei Berlin) der **Ex-Kaatsanwalt** und **Kammergerichtsrath** **Frehze**. Es ist dies derselbe Justizherge, der welland mit blutigen Händen im Proseß **Viesle** die Anklage vertret und dessen streberhaften Anstrengungen es auch ganz wesentlich zu verdanken ist, daß der unzeitliche **Schuldlos** **Viesle** als **Wöber-Kampffs** zum Tode verurtheilt und hingerichtet wurde. Als das Todesurtheil verhängt ward, sprach **Viesle** auf und rief mit gellender Stimme seinem Wöber zu: „Sie werden Nie- man und mehr zum Tode verurtheilen!“ Der Freigang glaubte, das solle ihm seine Einrichtung durch Genossen **Viesle's** anständigen!

und er ließ sich schleunigst von Frankfurt sofort als Kammergerichtsrath nach Berlin versetzen, wo er früher zu sein glaubte.

Er hatte das Wort Plestes nicht verstanden. Er hatte nicht gedacht, daß noch ein Rest von Gewissen in ihm wohnte, und daß er sein Opfer nicht werde abschüteln können, auch nachdem dessen Kopf abgeschlagen. Pleste wird nicht mehr von seiner Seite, er ging mit ihm zu Gericht, zu Tisch, in's Bett. Zanner und überall Pleste. Und Pleste erhob immer drohender die Hand und schrie immer lauter: „Du wirst keinen mehr zum Tode verurtheilen!“ — bis der Mörder selber zum Opfer wurde und, von seinem Opfer geweiht wie von den Göttern des Muttermörders Drestes, ins Irrenhaus stürzen mußte. Und da ist er denn gestorben. Er war hart bestraft — nicht zu hart.

Wir sprechen gerade von der Verkommenheit des herrschenden Systems. Ein weiteres Beispiel aus unerschöpflichem Vorrath. Am 26. d. Mts. traten in Berlin ein Duzend Herren zusammen, und von ihnen eine Zeitung vom vorhergehenden Tag zur Hand hatte, der las darin: „Morgen hat der Bundsrath seine letzte Sitzung vor den Ferien; er wird u. A. den Antrag der sächsischen Regierung auf Verlängerung des Belagerungsstandes für Leipzig und Umgebung annehmen.“ „Annehmen“ — nicht zu berathen haben. Es handelte sich um Ausnahme, um Registrierung — denn fraglich war die Sache nicht. Das Duzend Herren war der Bundsrath. Sie rauchten Havannazigarren, sprachen vom Wetter und von Wettrennen, und als der Vertreter Sachsens seinen „Antrag“ einfach mit den Worten: „Sie kennen den Antrag und werden mir eine Motivierung ersparen“, begründet hatte, konträrte der Herr Vorsitzende die einstimmige Annahme. In weniger Zeit, als das Lesen dieser Notiz erfordert, war die Sache abgemacht, waren 30,000 sozialdemokratische Wähler wieder auf ein Jahr politisch rechtlos gemacht und an Händen und Füßen gebunden, der Raube beschränkter Willkür überliefert. Kein Versuch, die Notwendigkeit der Verlängerung nachzuweisen. „So post's uns in den Kram, so wollen wirs, — was schadet, wenn Duzende von Fristenzen zerstört, Tausende in der Ausübung ihrer heiligsten Rechte gehindert werden?“ — Diese offenkundige Gesinnungspolitik, mit welcher am 26. Juni ds. Js. der Belagerungsstand für Leipzig und Umgebung vom deutschen Bundsrath erneuert wurde, darf nicht vergessen werden, wenn von der absoluten Verkommenheit des herrschenden Systems und der heutigen Machtthaten die Rede ist. Es ist um so notwendiger, sich solche Schandthaten fest ins Gedächtnis einzuprägen, weil sie häufig sind, und wir deshalb Gefahr laufen, uns daran zu gewöhnen und die volle Empfindung für die enorme Nichtswürdigkeit zu verlieren.

In dem Berichte Berliner Zeitungen über einen Prozeß gegen Armeelieferanten, die durch Verletzung von Vorschriften, wie das Bekämpfung bei diesem Geschäfte alschwerwärtiger Gebrauch ist, finden wir eine Stelle, die werth ist, im „Sozialdemokrat“ notirt zu werden. Nicht sowohl wegen des Inhaltes, das sie auf die sittliche Beschaffenheit der zur Blüthe des patriotischen Mutterdärgerthums geborenen „Jungen“ wirft, als vielmehr wegen der Art, wie in diesem Falle der Gerichtspräsident seinen ganzen Eifer darauf verwendet, die „Jungen“ vor einem Meineid zu schützen.

Man höre nur:

Der nächste Zeuge, der ehemalige Zahlmeister Gräbener aus Neu-Ruppin, will nie Geld von der Firma Wollant erhalten haben, er räumt nur ein, daß seine Ehefrau mehrfach anonyme Geldsendungen erhalten hat, er habe aber keine Ahnung davon gehabt, wer der Absender sei und auch nicht darnach geforscht. Vergebens weist der Präsident den Zeugen auf das ungläubwürdige dieser Angaben hin, er sowohl wie die Vorgängerin, Frau Müller, erklären, ihre Aussagen beschwören zu wollen. Der Staatsanwalt widerspricht der Vernehmung, der Gerichtshof findet aber keinen gesetzlichen Grund, dieselbe abzulehnen. Noch einmal vermahnt der Präsident die Zeugen, mit sich zu Rathe zu gehen, in eindringlichster Weise heißt er ihnen die Folgen des Meineids vor, sowohl Gräbener wie Frau Müller erklären sich zum Schwur bereit. Schon erhebt der Erstherr die Hand zum Schwur, da erklärt der Angeklagte Wollant, daß sein Gewissen ihn dränge, eine Erklärung abzugeben: „Der Zeuge kann den Eid nicht leisten“, erklärt er, es ist einmal ein Schreiben von Frau Gräbener an die Firma gekommen, in welchem die Absenderin sich über die Vermögensverhältnisse überausnetzt und anträgt, ob sie nicht etwa bloß ein anstatt der üblichen zwei Prozent von den Menschengedern erhalten hat. Dies muß mein Schwiegervater Lade bestätigen.“ — Vors.: Nun, Zeuge, was sagen Sie zu dieser Erklärung, wollen Sie noch den Eid leisten? — Zeuge: Jawohl, ich weiß nichts von dem Briefe und von wem die Gelder kamen. — Vors.: Bedenken Sie auch, daß wir den Kaufmann Lade zwingen können, hierüber Zeugnis abzulegen? — Zeuge: Ich muß dabei bleiben, daß ich von nichts weiß. Wieder hebt der Zeuge die Hand zum Schwur, da beantragt der Staatsanwalt, seine Aussage zu Protokoll nehmen zu lassen. Der Gerichtshof wird diesem Antrage Folge geben und die Aussage des Zeugen wird wie nachstehend wiedergegeben: „Vom November 1882 bis Juli oder August 1885 hat meine Ehefrau vier monatlich, dazu in längeren Zwischenräumen eine Reihe von Geldsendungen ohne Begleitbriefchen unter „eingeschrieben“ empfangen. Diese Sendungen kamen alle mit dem Poststempel Berlin, doch habe ich nie ermittelt, wer der Absender des Geldes gewesen ist. Die Geldbeträge, welche auf diese Weise eingegangen sind, haben in meinem Falle, soweit meine Frau mich recht unterrichtet hat, den Betrag von 60 M. überschritten. Meine Frau will diese Gelder, so hat sie mir gesagt, an ihre Mutter abgeführt haben, um diese in ihren ärmlichen Verhältnissen zu unterstützen. Es wird mir gesagt, daß meine Frau im Laufe der obengenannten Zeit einmal an die Firma Wollant in Berlin geschrieben und darüber Klage geführt hat, daß ihr bei der letzten Sendung statt der üblichen 2 Prozent nur 1 Prozent Gratifikation zugesandt worden sei, ich mehrerorts versichere, daß ich von dieser Beschwerde meiner Ehefrau auch nicht die geringste Kenntniss habe und beide dabei, daß ich niemals erfahren habe und nicht weiß, von wem und wofür die in Rede stehenden Gelder geschickt worden sind.“ — Vors.: Zeuge, dieses wollen Sie Alles beschwören? — Zeuge: Ja. — Der Vorsitzende ermahnt ihn noch einmal ernstlich, er bitte ihn, die Folgen zu bedenken. Endlich erwidert der Zeuge: Nein, ich will nicht schwören, ich will die Wahrheit sagen. Und nun gibt er den Inhalt der Anzeige zu. Nicht minder Schwierigkeiten hat der Präsident, die Zeugnis Müller von der Begehung des Meineids-Brechens abzuhalten. Endlich geschieht auch sie, daß sie jenen Brief an Hagemann, worin sie um das Geld bittet, da sie hinter dem Rücken ihres Mannes Schanden gemacht habe, einer anderen Person in die Feder diktirte, und daß sie von jener Zeit an regelmäßig Geldzuwendungen von Hagemann erhielt.“

Dies der Bericht. Er zeigt uns, wie sehr wohl zu beurtheilen im Stande sind, vor den Richter treten, die diesen Meineid leisten wollen, um einen unfauberen Handel, der sich als Lutzene aus Eigenname qualifizirt, zu verheimlichen. Und der Richter bietet sein Wohlgefallen an, sie vor diesem Meineid zu schützen, er stellt ihnen eindringlich die Folgen vor, die die Ableistung desselben für sie bedeute, und diesem wiederholten Hinweis gelingt es schließlich, nachdem der eine Angeklagte, der seine Sache schon verloren sah, bereits die Wahrheit gestanden, das moralische Verantwortungsgefühl — nicht doch, das Bewußtsein, daß sie sich zu etwas der Zucht und Ehre ansahen, in den „Jungen“ zu wecken, sie werden dem Richter und Staatsanwalt keine Bedenken, die Entscheidung vorzunehmen zu lassen — ob sie auch gehuldet wüßten, in welcher Zwangslage sich

die Zeugen befanden. Hier fanden auch nicht jene eindringlichen Ermahnungen statt, sich doch ja nicht ins Verderben zu stürzen, obwohl es sich meist um Proletarier handelte, die in den Geschäften nicht entfernt so zu Hause sind, als die Herren Regimentszahlmeister und ihre geschäftsunbigen Ehehälften. Das Opfer ward, ohne daß man es recht zum Bewußtsein kommen ließ, in die Falle getrieben, diese dann zugeklagen — und hinterher schimpfte das tugendhafte Proletariat in pharisäischer Entrüstung über die verberbten Sozialisten, die so „unerhörte Meineide“ leisteten und ihre Gesinnungsgenossen, die „Meineide“ geleistet, nicht in Bausch und Bogen verdammen. Eine solche Partei habe den Anspruch darauf verworfen, daß man dem Zeugnis ihrer Angehörigen irgendwie Glauben schenkt.“

Stünde morgen in einem Sozialistenprozeß der Herr Ex-Zahlmeister Gräbener einem Sozialisten als Belastungszeuge gegenüber, die Aussage des Letzteren, und wäre kein Rat noch so fester, würde federleicht in die Wagschale fallen gegenüber seinem „Zeugnis“. Er gehört ja nicht einer Partei an, die den Meineid verberbt. Herr Gräbener ist ein Ehrenmann, genau wie die beiden Ehrenmänner Jhring-Mahlow und Raparra, die frei herumwandeln, während Arbeiter, die gegen sie zeugen, des Meineids schuldig ge—spröchen werden.

Und das nennt man Justiz — auf deutsch Gerechtigkeit!

Der Renegat Crispi erklärte neulich im italienischen Senat in Hinblick auf den piemontesischen Feldzug wider das Ahrrecht, die früheren Verbannten — das heißt aus der Zeit, da Herr Crispi noch Revolutionär war, dürfen nicht mit denen von heutzutage verglichen werden, welche die Gesellschaft und den Staat angreifen und Vaterland und Eigentum vernichten.“

Natürlich, die Herren Garibaldi, die vom sicheren Boden des Auslandes Expreßungsmänner organisierten, waren alleamt Stützen des heiligen Eigentums, und die Herren Mazziniani, die den politischen Werd in Theorie und Praxis kultivierten, die nicht davor zurückschreckten, ganz harmlose Leute, bloß weil sie „radikale“ waren, hinterläßt seine zu erdulden, das waren auch zu ihrer Zeit wahre Säulen der herrschenden — denn um diese handelt es sich jedesmal — Staats- und Gesellschaftsordnung!

Thatsächlich haben selbst die Stellmacher, Kammerer und Genossen nicht solche Schandthaten verübt, wie schwer die italienischen Beschwörer, die diese Lehre von der Propaganda der That in nur eine Aufschwärmung der geheimen Gesellschaften, deren vorbereitender Thätigkeit das heutige Italien seine Entstehung verdankt, und wenn es nicht aus anderen, prinzipielle Gründe wäre, daß wir diese Lehre verwerten — um die illustren Beispiele, sie zu verteidigen, brandeten wir nicht verlegen zu sein. Aber, wie gesagt, wie verwerten sie, die deutschen Sozialdemokraten, deren Tüchtigkeit auf dem Boden der Schweiz Herrn Crispi's Patron derselben zum Vorwurfe macht, haben den Boden der Eigenliebe nicht weder zum Ansehen von Norden, noch von Gelderwerbungen mißbraucht, und insofern unterscheiden sie sich wirklich von den „früheren Verbannten“.

Nichts Gleichgültigeres als ein Parvenu, der wider diejenigen eifert, die sich in derselben Lage befinden, in der er einst gewesen. Nichts widerlicher, als die Regierung eines Landes, das seine Grinsen der Revolution verdankt, wider die Revolutionen bekämpfen zu hören.

Krauts freigesprochen! Der Henker, dem das Ralheur passiert, einen Mitmenschen ohne obrigkeitliche Erlaubnis vom Leben zum Tode zu bringen, von aller Schuld an diesem „rauhwüdrigen Seltenem“ freigesprochen — von einem Schwurgericht freigesprochen — das ist an sich schon ein kulturgeschichtlich hochinteressantes Ereignis. Noch interessanter aber gestaltet es sich durch die Schlagthaten, die auf das Leben und die „Moral“ dieses obersten Repräsentanten des preussischen „Rechtsstaats“ — denn das ist der Henker, der Volkstrotzer der hant-oeverns — der hohen Werke der Justiz — geworfen worden sind. Streit zwischen Meister und Gehilfe um einer Kautabine willen, chronischer Ehebruch, Wirtschaftsprügel, Wille, vielfache Rohheit — kurz genau die Atmosphäre, aus welcher die Opfer des Herrn Krauts hervorzugehen pflegen — und nun in diese Schmutzgeschichte etwas Honorar einzuflechten, das Geschäftlich des obersten Vertreters der preussischen Justiz, daß er schon zweimal wegen Beamtenverleumdung und einmal wegen Widerstands gegen die Obrigkeit bestraft war. Ein Wunder, daß der Vorsteher des Schwurgerichts den Nebenmann Krauts nach dessen staatsgefährlicher Sündenbelichte nicht auch gefragt hat, ob er keine sozialdemokratischen Insultsorgeln auf dem Gewissen habe. Hätte der Mann nicht Krauts gegeben, die Frage wäre unauflöslich gestellt worden. Jedenfalls ist der preussische Rechtsstaat getretet — Krauts kann weiter tödten.

Aus Sachsen schreibt man uns über die Wettinfeste: „Reifen und Feite werden jetzt so zahlreich und mit einem Pomp und Glanz veranstaltet, als ob man es wie beim Verfall des „heiligen römischen Reiches“ für notwendig hielte, dem Volke für das mangelnde Brod in der Verdrückung der Schaulust einen zornstiftenden Ersatz zu bieten. Diese Abicht ist auch bei Veranstaltung der Feite des angeblich 800jährigen Bestehens des Hauses Wettin offenbar mit mangelnd gewesen, denn erweis ist es noch sehr zweifelhaft, ob die Wahl dieses Jahres eine geschichtliche Berechtigung hat, dann aber hätte das Arrangement des ganzen Kummels an dem Geldbeutel der Rader beinahe Schiffbruch gelitten. Es war Großartiges geplant, allein der Prozentpatriotismus fand die Sache zu theuer und nur mit großer Mühe wurde die schwindende Theilnahme Derer, die für solchen Humbug die nötigen Mittel besaßen, vor dem Verfall bewahrt. Freilich hat man andererseits aus dem Steuerfidel unverkäufte Summen aufgewendet und so das Volk wider Willen den Aufwand bestreiten lassen. So ist denn nun in Dresden das „Hauptfest“ zu Stande gekommen. Aber von einer Begeisterung oder von einem Ausblühen des monarchischen Gedankens im Volke, das zu Hunderttausenden Spalier bildete, kann fast allerdings nicht die Rede sein. Es gewährte dem sozialdemokratischen Beobachter große Befriedigung, die läbliche Stimmung der Massen zu sehen, sowie manch treffendes freies Wort zu hören, welches das Gegenheil von monarchischen Gefühlen betraute.

Nicht am wenigsten trug zu dieser Stimmung bei, daß der servile Landtag mit allen gegen die vier Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten — Volkmar war darunter — dem König drei Millionen Mark aus dem Steuerfidel schenkte, während in manchen Theilen des Landes Sauernd, durch die Wolkendrübe noch erhöhter Nothstand herrscht. Am die Empörung nicht zu stark zu führen, hielt man es für zweckmäßig, eine Rathschandoorlage für die Wasserbeschädigten zu machen. Bei Beratung derselben wurden belläufig Duzendhette n zu Tage gefördert, die im ganzen Lande helles Gelächter erwecken mußten. Die Regierung verlangte die Ermächtigung der Kammer, den durch die bisherigen Wasserbeschädigten Betroffenen materielle Hilfe leisten zu können, wenn die Privatmuthwilligkeit nicht ausreiche. Ein Antrag der Sozialdemokraten wollte diese Ermächtigung auf die im Laufe des Sommers etwa noch aus gleichen Ursachen entstehenden Rathschände ausgedehnt wissen. Die Kammer war schier verblüfft über den Antrag, und als der munificente Minister des Innern, u. Kottz-Bellwied, der auch ganz verlangt war, die Sprache wieder fand, erklärte er, schließlich nichts gegen den Antrag einzuwenden zu können, aber er wüßte nicht, daß die Kammer denselben annehme. Man solle die Vorsehung nicht gleichsam provoziren.

Dieser Wüßhans applaudirte die Kammer und lehnte den sozialdemokratischen Antrag mit allen gegen zwölf Stimmen ab. Einige Stunden später fiel bei Ghemlich ein Rollenbruch, und an dem Tages traten Wasserbeschädigten bei Ghemlich und Ritzau ein. Wer hat nun die Vorsehung provoziert? Die Sozialdemokraten mit ihrem Antrage oder die ablehnende Kammer? Diese Frage können sich jetzt die Gelehrten der „billigen Weltordnung“ vorlegen.

Göttlichen Lusten gab ferner der Abgeordnete Opiß zum Besten, der belläufig seine bißsüßige Schwärzerei aus dem Steuergrogramm gestrichen hat; er sagte von einer „Fügung der Vorsehung, welche die Wasserbeschädigten versetzt habe, damit der König, der die durch Wolkendrübe beschädigten Wasserbeschädigten zum Theil besänftigt hat, keine Fürtorge für das Volk bewirken könne.“ Und das darrt ein Abgeordneter in dem sonst so geübten „fortgeschrittenen“ Sachsen sagen, ohne das Ansehen bei seinen Wählern zu verlieren. Der Wahlensitz ist wahrscheinlich eine Pämle der Dummheit, davon zeugen die Kammerreden.

Seider ist es auch schon lange her, daß es noch in den „fortschrittlichen“ Reihen Abgeordnete gab, die ein freies Wort zu reden wagten; jetzt ist die Verkümpfung der „sächsischen Fortschrittler“ gradezu haarsträubend. Und so schaut sich denn, wer Charakter und Arbeitsthebe besitzt, um das Banner der Sozialdemokratie, das glücklicherweise für die Massen eine weit stärkere Anziehungskraft besitzt, als das der Wettiner und der ganze damit verbundene Kummel.

Wäre es der Sozialdemokratie gestattet, einmal Herrschaft in festlichen Anzügen verankalten zu können, wie sich überzeugt, an Alliteram würden diese Anzüge dem Dresdener Fuldigungszeuge hinstreichen, aber an Zahl der Theilnehmer und an Begeisterung für die Partei würden diese Anzüge den monarchischen Kummel thurmhoch überragen. Nichts lächerlicher, als das Bestreben, „Kurze machen“ zu wollen und dabei das Publikum anfordern zu müssen: Schritt doch hoch! — wie es die Innungsbrüder thaten, die ihre Einfall in dem Festzuge mit zur Schau trugen. Noch lächerlicher sind Anzüge in den Provinzialstädten ausgefallen; dort war der amtliche und gesellschaftliche Zwang an den Reizgeheitsgeheimern der theilnehmenden Böhlfiler mit Kraft aufgebracht. Wenn Fürsten und Fürstendiner am äußern Prunk eine Verabigung gefunden haben, so können wir ihnen dieie; wir jedoch erkannten die innere Vertheit des Schanzengrundes und fanden in der Wahrnehmung derselben eine Befriedigung, die uns mit gesteigelter Zuversicht an unsre gewohnte politische Arbeit gehen läßt, wie immer auch unsrer persönliches Loos fällt.“

Ueber das gleiche Thema haben wir noch andere Berichte erhalten, welche das vorstehend Gesagte nur bestätigen. Die alten monarchischen Götter sind sammt dem Glauben an das Gottesgnadenthum längst zum Teufel gegangen — wenigstens in den Ländern, die einigermaßen von der Kultur belebt sind. Thatsache ist: die ganze Wettiner Feite war eine gemachte Theaterdarstellung und eine gewöhnliche Spekulation: Spekulation im rein geschäftlichen Sinne des Wortes, und auch das Geschäftliche rein im Geschäftssinn genommen. Alle Veranstalter wollten etwas verdienen: Geld und Kundenschaft die Meisten, Orden und Beförderung eine privilegirte Minderzahl, die auf das Geld nicht so direkt zu sehen hat. Der Reizgeheitszwang von Nutzen entsprach bei Weitem nicht den gehegten Erwartungen — von Berlin war nicht einmal ein Extrazug gekommen; dagegen hatte sich ein gewisser schlechtlustiger Herr nach dort eingeschoben, der die „gemüthlichen“ Dresdener dadurch, daß er sofort weglaufen wollte, nachdem die Soldaten-Parade beendet war, in nicht gerade bewunderndes Gertraumen versetzte.

Am Unverschämtesten äußerte sich die Servilität in der Geschichtsfällung, die bei dieser Gelegenheit verübt wurde. Natürlich hat es während der 800 Jahre, die „gefeiert“ wurden, nichts gegeben als „Wettiner“: d. h. Fürsten von glänzenden, übermenschlichen Eigenschaften — so etwas Schändliches wie ein Volk war nicht vorhanden. Die Geschichte der 800 Jahre stellt sich als eine lange, ununterbrochene Reihe von Wundern dar, die von den Fürsten aus dem Hause Wettin für den dummen, solche Wohlthaten eigentlich gar nicht verdienenden Volks bewirkt wurden. Daß unter diesen gottesgedachten Wettinern abentheuerliche Landesverräther waren, wie Bernhard von Weimar und Moriz von Sachsen — daß die Wettiner die Reformation in ihrem dynastischen Sonderinteresse annahmen und auszubuten suchten, und daß sie die Reformation verriethen, sobald die katholische Jagellonenfronte (Polen) ihnen winkte — davon schwieg selbstverständlich des Sängers und des Festredners (auch Festschreibers) Hülfslicht. Doch lassen wir das. Mit einem Wort, die Wettiner Feite war in ihrem frontigen, langweiligen Verlauf ein neuer frappanter Beweis, daß die Zeiten des monarchischen Köhlerglanzes vorüber sind. Und unser Korrespondent hat ganz Recht, wenn er meint: hätte die sächsische Sozialdemokratie ein Volksfest gefeiert, es wäre ohne förmliche Vorbereitungen weit großartiger ausgefallen als dieses Fürstentst.

Unser Leipziger Polizeipräsident hat offenbar ein mächtiges Bedürfnis nach Unsterblichkeit. Nicht zufrieden mit seiner neulichen Zeitung, die wir gebührendermaßen im Museum des „Sozialdemokrat“ anbewahrt haben, verübt er dieser Tage eine neue Großthat in den Spalten der Leipziger Zeitung. Er schreibt:

„Leipzig, 27. Juni. Die hiesigen Sozialblätter enthalten die Veröffentlichung eines Beschlusses des Volksamts, nach welchem das Finanzamt sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung von Beiträgen, welche zur Deckung der durch die Entsendung von Delegirten zu dem in Paris stattfindenden internationalen Arbeiterkongreß entstehenden Kosten bestimmt sind, auf Grund von § 16 des Sozialistengesetzes verboten wird. Die Zeichnung dieser Beiträge geschieht auf Sammelblättern, welche in Quadraten von Exemplaren in Umlauf gesetzt worden sind. Nach dem auf den Seiten vorgebrachten Aufruf sollen die Namenszeichnungen gleichseitig die Auftragserteilung an vier Personen zur Vertretung der Leipziger Arbeiterchaft auf dem Pariser Kongresse ausbreiten. Diese vier Personen sind: der Vorsitzende des Vereins für vollständige Wahlen, Fischer Pfeiffer, und der Former Schiemann in Leipzig, der bekannte frühere Reichstagsabgeordnete Nigarenfabrikant Geber in Wurzen und der ausgewiesene Lithograph Pinna in Borsdorf. Wir hatten mithin Recht, als wir fürzlich behaupteten, daß die Wahl der Delegirten längst vollzogen und die Einberufung von Versammlungen zu diesem Zwecke eine leere Form sei. Die Zentralsammelstelle für Leipzig ist die Expedition des „Wähler“, dessen geistige Kammer den ganzen Sammelmodus mit keinem Worte erwähnt.“

O heilige Einfalt! Also „wir“ hatten gesagt, drei würden gewählt werden, weil es im „Sozialdemokrat“ gestanden, und jetzt, da vier gewählt werden, „haben wir Recht gehabt“. Und weil die Wahl der Delegirten nicht öffentlich vorgenommen werden kann, nachdem Herr Müller und Konjorten es verboten haben, ist die Vornahme der Wahl durch Sammlung von Unterschriften, wie es von der Fraktion öffentlich vorgelegt worden, ein Beweis dafür, daß Alles vorher geheim abgetarlet worden — natürlich ein „Geheimbund“.

O heilige Müller!

Uebrigens macht Sachsen „Schule“. Auch in Breslau sind Sammlungen zum Zweck der Beschickung des Pariser Kongresses verboten worden. Und dasselbe geschah in München mit Versammlungen behufs Wahl von Delegirten zum Kongreß. Das böse Paris liegt den Herren arg im Magen.

Aus Württemberg schreibt man uns: „Was für Jammerkerle die schwäbischen königlichen Hofdemokraten sind, hat neulich wiederum der Abgeordnete Schnaibl von Ludwigsburg bewiesen. Das Ministerium hatte einen Entwurf vorgelegt, wonach das Reichstagsgehalt — Apamoge genannt — des in Aussicht genommenen Thronfolgers, Prinzen Wilhelm (belläufig, eine durdians triovale Persönlichkeit), das bisher sich auf den Dagerleiderbetrag von 100,000 M. pro Jahr belief, auf den Stand eines Kronprinzengehaltes erhöht werden sollte — mit dem Adelgeld für seine Frau um 27,000 M. Freierliches Schweigen in der Kammer. Da erhebt sich Schnaibl, der sonst in allen Gebrägen die ärmliche Linke repräsentirt, und spricht: „Ich erkläre, daß ich es mit meiner demokratischen Gesinnung vollständig vereinbaren kann, wenn ich für die Vorlage stimme. Ich fühle mich gedrungen, zu zeigen, daß der Bezirk Ludwigsburg und sein demokratischer Vertreter der Demokratie anhängen.“ Sprach und legte sich, und die Vorlage wurde mit allen gegen die einzige Stimme des katholischen demokratischen Vordraters Gröber angenommen. Am Schluß der Sitzung gab der Demokrat Hausmann die Erklärung ab, er sei geschäftlich verhindert gewesen, der Beratung anzuwohnen; er hätte sonst gegen die Forderung gestimmt. Wahrscheinlich hat ihm aber erst Gröber Kontage gemacht.“

Heilig ist die Familie und Ehe. Ein Freund schreibt uns aus dem Saargebiet Folgendes, was er bei einem gelegentlichen Besuche daselbst in Arbeiterkreisen berichtet: „Wo Einer sich hier als Sozialdemokrat oder auch nur als unabhängiger zeigt, wird er aus dem Erwerb verjagt wie ein wildes Thier. Einer wurde sogar von Frau und sechs Kindern weggerissen, weil er kein Herrschbieder war. Und der sogenannte Bürgermeister von Maßstadt erblickte sich nicht, zu

fragen: „Es ist gut, daß der fort ist. Für seine Familie werden wir schon sorgen.“ Ist es da nun keine Schande, sich nach Deutlicher zu nennen, wo die Herrschenden solche Bestialitäten begehen? Wenn man einen Vogel vom Nest und den Jungen wegjagt oder verjagt, so wird gleich das Vogelschicksal herangezogen und das ist Recht. Für einen rechtlichen Arbeiter aber gibt es kein Schicksal. Man wirft sich noch in die Brust und schreit „wir verlangen die Familie“, nachdem man sie zertrümmert und ins Elend gestürzt hat. Wir sind Christen, gute Königstreue Christen! Jawohl — und heilig ist Euch Ehe und Familie, heilig das Eigentum und das Brod des armen Mannes und der Kleinen! — Den Teufel über Euch, Ihr Hyänen der Ordnung, die Ihr die Liebe und das Recht predigt und die Leiber derer dem langjämmerlichen Martertod preisgibt, die Curer Schande ein Ende machen wollen. Und da merkt man sich noch, wenn die Schuld des Volkes endlich zum bösen Ende kommt.

So der einfache Arbeitermann. Was gibt dem noch beizufügen? Richtig! Der Mann stand im Verdacht, Sozialdemokrat zu sein, sitzt jetzt bereits drei Monate in Untersuchungshaft. Was man mit ihm machen will, weiß man noch nicht. Also, — was gibt es da noch beizufügen? Ein Amen zu solcher Umsturzarbeit, ein dreifach gelegnetes Amen, Amen, Amen!

Im New-Yorker „Socialist“ lesen wir: „Genosse Lutz, der durch die Wohlgehabtheits-Affäre bekannt gewordene Spiegel-Entwickler, ist glücklich aus amerikanischem Boden gelangt, nachdem er ans der Schweiz, natürlich ehrenvoller, ausgewiesen war. Die deutsche Polizei hätte ihn gar so gerne in Empfang genommen; wenigstens hat sie bei der Auswanderungsagentur alles Mögliche unternommen, zu verhindern, daß er ein Liebesbriefchen erhalte. Der deutsche Konsul in Basel erlaubte sich sehr unangenehm, wohnen er und wann er reife, und soll auch gedroht haben, kriminalistischer gegen diese Agentur vorzugehen, welche Lutz unter einem falschen Namen forschete. Augencheinlich beachtete man, den Gehegten in Casse Garden in Empfang zu nehmen und unter irgend einem Vorwande nach der deutschen Heimat wieder abzuschicken, damit er die Süßigkeiten des thierischen Vaterlandes koste. Die dem lächerlich angelegten Plan hat Lutz ein Schnippchen geschlagen. Dank Sam hat ihn unbehelligt passieren lassen und wir hoffen, daß sich Genosse Lutz unter den amerikanischen Genossen wohl fühlen und kräftig an dem Werte der Emanzipation des Proletariats weiterarbeiten.“

Das Nationalkomitee der Possibilisten veröffentlicht ein neues Kundschreiben, über den von ihm einberufenen Kongress, in dem es unter Anderem heißt:

„Die offizielle Sprache des Kongresses wird die französische sein. Die fremden Delegirten können sich ihrer betreffenden Sprache bedienen. Die Uebersetzung ins Französische wird durch Uebersetzer geschehen, welche dem Nationalkomitee bereits zur Verfügung stehen.“

Darauf würde ein deutscher Delegirter, der weder genügend englisch noch französisch versteht, nicht erfragen, was ein englischer Delegirter, ein englischer in ähnlicher Lage nicht, was ein spanischer gesprochen u. s. w., u. s. w. Selbst die Herren Broadhurst, Shipton u. s. f. werden für den von ihnen einberufenen Kongress zwei offizielle Sprachen fest: Englisch und Französisch, und die possibilistischen Delegirten in London wachten sehr sorgfältig darüber, daß ihnen alles, was die Engländer verhandeln, in ihre Sprache überetzt wurde. Um so eigentümlicher nimmt sich jetzt ihre Anordnung aus. Wie die Dinge heute liegen, muß ein Internationaler Arbeiterkongress, der auf diesen Namen wirklich Anspruch hat, mindestens drei offizielle Sprachen haben: Deutsch, Englisch und Französisch. Die Delegirten aus den Niederlanden, den skandinavischen Ländern u. s. f. pflegen meist genügend deutsch oder eine der zwei andern Sprachen zu verstehen, um den Debatten folgen zu können. Dasselbe gilt von den italienischen, spanischen u. s. f. Delegirten mit Bezug auf die französische Sprache. Was die Slaven anbetrifft, so brauchen diese bei dem gegenwärtigen Stand der Arbeiterbewegung in den slavischen Ländern noch keine besondere Berücksichtigung. Die österreichischen Slaven verstehen meist Deutsch, die für diesen Kongress in Betracht kommenden Polen und Russen entweder Deutsch oder Französisch. Aber ein Internationaler Kongress mit einer offiziellen Sprache — das ist ein mehrwöchiges Ding.

Österreich. Die Genossen Viktor Adler und P. A. Bretschneider, als Herausgeber und Redaktoren der „Gleichheit“, veröffentlichten in der „Sozialdemokratischen Monatschrift“ einen Protest wider die von der Wiener Polizei und ihren Versuchsmännern zur Beschneidung des Verbot der „Gleichheit“ angeschuldete Lage, daß diese die Tamme in Stein angefertigt habe. Es heißt darin u. A.:

„In dem Geiste (d. h. der antimilitarischen, ultramontanen u. s. w. Demagogie) liegt uns gar nichts. Wohl aber sind wir verpflichtet die sozialdemokratische Partei und ihr bisheriges Organ die „Gleichheit“ von dem Vorwurfe zu reinigen, sie hätte mitgewirkt bei Dingen, welche das Parteinteresse nur ernstlich gefährden können. Ein gerichtliches Verurtheil über die Einstellung der „Gleichheit“, welches Arbeit schaffen würde, gibt es nicht, wir müßten also Erfolg schaffen. Zu dem Ende hat unser Vertreter, Herr Hof- und Gerichts-Advokat Dr. Wolf-Egyptinger, in unserem Namen folgende Eingabe an die k. l. Staatsanwaltschaft in Wien gerichtet:

„In einigen Wiener Tagesblättern wurde die Behauptung aufgestellt, daß die „Gleichheit“, resp. deren Herausgeber mit den Herren in Stein in Verbindung stehen, resp. daß dieselben von dieser Seite aus „angereizt“ worden seien. Da uns mit einer einfachen Berücksichtigung solcher demagogischer und vollständig unwahrer Behauptungen nicht genügen kann, wir vielmehr ein berechtigtes Interesse daran haben, ungenügend klar zu stellen, daß diese Behauptungen erlogen seien, erlauben wir uns hiermit, die Aufmerksamkeit der k. l. Staatsanwaltschaft auf diese Nachrichten zu lenken und daran die Bitte zu knüpfen, die etwa gegen uns vorliegenden Verdachtsgründe zu erforschen und zum Anlaß einer strafgerichtlichen Untersuchung gegen uns zu nehmen, deren Resultat nur die Klärstellung der Wahrheit, d. h. des Umstandes, daß die „Gleichheit“ und wir auf Euthese und Verlautung dieser Unruhen nicht den geringsten Einfluß genommen haben, sein kann. Durch untern bereits ausgewiesenen Vertreter stellen wir somit die ergebene Bitte:

Die hochwürdige k. l. Staatsanwaltschaft wolle über diese Eingabe das Geeignete verfügen.

Dr. Viktor Adler,
P. A. Bretschneider.“

Wir hoffen, daß die Staatsanwaltschaft, welche viel leichter wiegende Denunziationen als zum Anlaß mehrmonatlicher Untersuchung und Untersuchungshaft nimmt, es auch hier an der erforderlichen Energie nicht wird fehlen lassen. Unversehrte die Behörde glaubt die Beschuldigungen gegen uns — warum verhaftet sie uns nicht? Die „Kollisionsgefahr“ ist dringend. Über die Behörde weiß, daß Alles erlogen ist — warum wird dann die „Gleichheit“ eingestuft?

Und weiterhin:

„... Dem fügen wir bei, was wir seither erfahren haben. Unsere Parteigenossen in Stein haben sich an den Grüssen in keiner Weise und nicht ein einziges Wort von ihnen beteiligt. Obwohl man sie genau kennt, ist ein Eingiver von ihnen verhaftet worden, ebenso wenig irgend ein Ausnahmungsmitglied der beiden Arbeitervereine. Während der Grasse am Dienstag Abend hielt der Ausführender Arbeiter-Ausschusses abendlos und ruhig seine gewohnte Sitzung ab. Wir erwähnen, daß Genosse Priemel zu derselben Zeit zu Hause war und schlief; das ist konstatirt.“

„All das hinderte natürlich nicht, daß die Vereine listig und etwa 20 bekannte Genossen von der Waffenfabrik entlassen und von Stein entfernt, nicht ausgewiesen, wurden. Man mußte eben irgend etwas thun; und bequemer lebt sich's ja unfreier ohne Sozialdemokraten.“

Wir erhielten folgende Korrespondenz-Karte mit dem Poststempel St. Valentin, 21. Juni: 4. Station. Werthe Genossen! Wir sind „gegangen worden.“ Warum? werdet Ihr bereits wissen. Daß wir mit diesem Unfug nichts gemein haben, ist selbstverständlich. Näheres folgt. Mit Gruß: Priemel, Böls, Kuttl, Nö. Viele folgen noch. Wir die erhen.“

Und „Ninjan“ in der That wäre es gewesen, würden die Steyler

Genossen ihre Vereine, ihre Organisations, ihre Arbeitsgelegenheit auf's Spiel gesetzt haben, ohne jede Aussicht auf irgend einen Gewinn für unsere Sache, ja mit der Gewißheit, ihr zu schaden. Daß sie davon gelagert wurden, beweist nicht, daß sie schuldig sind. Den eigentlichen Thäter, den dumpfen Groll der unaufgeklärten Volksmasse über die Zustände kann man nicht, die Zustände will man nicht abschaffen, so schafft man einseitig die Sozialisten ab.

Das ist die Wahrheit über die Sache. Die Bourgeois-Presse hat gehandelt, wie zu erwarten war, gemein und verächtlich gegen die Sache des Volkes, sie gegen einen gefallenen Vertreter derselben. Die „N. Fr. Presse“, die Gerechtigkeit zwingt uns das zu sagen, hat eine Ausnahme gemacht. In einem bei ihr ganz ungewöhnlichen Anfall von Ehrgefühl brachte sie einen für ihren politischen Standpunkt recht vernünftigen Artikel über die Einstellung der „Gleichheit“. Daher beschuldigen uns die „Bereinigten Christen“ einer geheimen Beziehung zu diesem Blatte. Und nun mögen die Hunde weiter heulen! Sie werden sich des gelungenen Streiches nicht lange zu freuen haben.

Wir aber im Namen aller der Genossen, die mit uns gearbeitet, die mit uns die „Gleichheit“ zu einer guten Waffe für die Sache des arbeitenden Volkes geschmiedet haben, wir erklären: Wir bleiben die Alten. Und allen den Feinden der Sozialdemokratie rufen wir zu: „Ihr demütigt uns, doch Ihr zwingt uns nicht! Anher die Welt, trotz alledem!“

Dr. V. Adler,
P. A. Bretschneider.“

Weiter stellen die genannten Genossen mit, daß sie mit den Herausgebern der „Sozialdemokratischen Monatschrift“ ein Abkommen dahin getroffen haben, daß den Abonnenten der „Gleichheit“, deren Abonnement noch läuft, für solange die „Sozialdemokratische Monatschrift“ zugelassen wird, als der für die „Gleichheit“ erlegte Betrag reicht. Abonnenten, die diesen Betrag nicht wünschen, können die entsprechenden Beträge zurück beziehen.

Die „Sozialdemokratische Monatschrift“ ist ein seit Ende Januar bestehendes Unternehmungen. Herausgeber und Verleger ist der Herr A. Groh in Wien. Die Adresse der Redaktion u. s. w. ist Wien VI., Gumpendorferstraße 79.

Am 27. Juni wurden von dem Ausnahmegerichtsbhof für anaristische Vergehen Adler auf vier Monaten Arrest und 100 Gulden Konfiskation, Bretschneider auf einer Geldstrafe von 30 Gulden verurtheilt. Das ist die Rache des Klassenstaats für die in den Ostertagen ausgestandene Angst, Feigheit und Brutalität: Hand in Hand.

Internationaler sozialistischer Kongress in Paris.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Ich erlaube die Delegirten noch einmal, mir in möglichst kürzester Frist Mittheilung von ihrer Wahl zu machen, damit die Kommission für Unterbringung der Delegirten die letzten notwendigen Schritte behufs Sicherung von Quartieren vornehmen kann.“

Die Ausgaben für Logis und zwei Mahlzeiten belaufen sich auf ungefähr 6—7 Franken pro Tag. Jeder muß in Anbetracht der sonstigen Ausgaben der Durchschnitts-Verbrauch auf 10—12 Franken (8—10 Mark) pro Tag angesetzt werden.

Die Delegirten sollten sich so einrichten, daß sie am 13. Juli hier eintreffen. Der Kongress wird seine erste Sitzung am 14. Juli im Laufe des Tages abhalten, damit die Delegirten den Veranstaltungen zu Ehren des Nationalfestes bewohnen können.

Der Kongress wird in der Salle Petrelle, Rue Petrelle *) tagen.

Paul Lafargue,
Le Perreux, Paris, Banlieue.

*) Im Norden von Paris, in unmittelbarer Nähe des Nordbahnhofs und des Bahnhofs der französischen Eisenbahn, zwischen der Rue du Faubourg Poissonnerie und der Rue Rochetouart gelegen.

Korrespondenzen.

Chur, 17. Juni 1889. Die neueste Schweizerhefte der Bismarckischen Presse — erren hat die in der Schweiz lebenden Parteigenossen gar nicht übersehen; vielmehr haben sie schon lange irgend eine Generalgenauigkeit erwarret. Es gab nämlich allerdings „Anzeichen“, daß irgend etwas in der Luft liege, seit geraumer Zeit, abgesehen von den öffentlichen oder veröffentlichten „Vorjahren“. Dabzu gehört zum Beispiel die massenhafte Gründung von fogen. Deutschen Reichs-Rechtshäusern an fast allen größeren Schweizerorten. In diesen Vereinigungen wird neben dem Betheil für deutsche Waisenkinder — das Reich selber ist bekanntlich dafür zu arm — deutsche Hymnen gesungen. Alles deutsch, nur deutsch! Und dabei gibt es auch recht abgeschmackte Titel zu erwerben: Hochmeister, Oberhochmeister, Generalschweizermeister — echt deutsch! — wodurch man sich in gewissen Kreisen in guten patriotischen Geruch setzen kann. Die widerliche Deutschmüchel, welche die Reichsbeteiligten bei ihren zahlreichen Feiten entwickelten, und welche für unpolitische Leute häufig gegen geradem provokatorisch wirkte, hatte offenbar den Zweck, den Gegensatz zwischen Schweizern und Deutschen zu schärfen. Sozst lehrten auch gar zu wenig Romarchisten aus der Republik wieder!

Hätten die eingeschlagenen Mittel und Wege zu dem gewünschten Ziele geführt — hätten die plump gelegten Leitlinien die vermeintliche Jugkraft befreit, so wären jetzt in der Schweiz halt Protestationen gegen das Rechtsungleichheit von Seite Deutscher sicher schon Ausschreitungen zu verzeichnen. Aber auch der verdohrteste Müchel entwickelt sich — ganz unermert — bei relativer Freiheit anders als unterm Polizeihüßel. Beißt er einigemahen ein bildames Gehirn, so wird er von den Arbeitervereinen angegriffen, und dort wird ja meist dafür geort, daß wenn der Reichsbürger die, im Interesse der Reichspädagogik gratis abgegebene Wochen-Ausgabe der „Mänerin“ liest, den Expektorationen des würdigen Vaters die gebührenden Kommentare nicht fehlen. So versteht dieser gratis noch zu heure Wiß kein Mission.

Aber selbst der indifferente und deutliche Deutsche in der Schweiz findet es nach und nach doch bequemer, daß er nicht bei jedem Quart politisch-eiselnahh nötig hat, als wenn ihm der Hütel bedändig auf dem Nacken ligt. Das begreift einer beim größten Egoismus. Aus Egoismus — weil er an der Landmannschaft eine Stufe zu haben glaubte — ging er zu den Reichshäusern; die 50 Gts. Jahresbeitrag drückten ihm gar nicht schwer. Aus Egoismus protestirt er heute, weil er keine Stellung beinrechtigt, oder bedroht steht. Der Müchel im National-Justizhaus Deutschlands ist eben der Spag in der Hand — der Müchel in der Schweiz die Lande auf dem Daude. Es muß ihr besseres Geistes gelehrt werden, soll sie sich hirt zeigen!

Es gäbe wohl noch andere Vorbereitungen zu einem deutsch-schweizerischen Konflikt, die im Geheimen betrieben wurden, aufzuzählen, und hierher gehört sicher auch die beharliche Zubereitung und mitunter massenhafte Verbreitung gewisser Organe der „Propaganda der That“. Doch wollen wir nicht weiter fängen.

Was Anders aber wollen wir im Vorbeigehen noch erwähnen — die errenliche Thatfache nämlich, daß man auch in bürgerlichen Kreisen in der Schweiz zu begreifen beginnt, das System, welches ihnen förmlich preussische Kopfschiel auf den Hals schick, heße nicht „System Bismarck“, sondern „System Bismarck!“ Rich ein Fortschritt!

Nachruf.

Aus Berlin. (Beipätel.) Am 12. April starb unser treuer Freund und Genosse
Friedrich Sidow
ans Berchowa bei Kalaun im Alter von 21 Jahren an der Schwindsucht. Er hatte sich die Krankheit hauptsächlich im Gefolge seiner ungenügenden Ernährung, als er gelegentlich des sogenannten „Rothe Fettes“ in Untersuchungshaft genommen wurde — ein Opfer nicht, das unsre blindwüthigen Feinde auf dem Gewissen haben.
Seine feinen Aucten, daß und Berachtung seiner Verfolger!
Die Genossen des IV. Berliner Reichstagswahlkreises

Parteienossen! Vergest der Verfolgten und Genesregelten nicht!

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen erhalten aus Koppenhagen, Mittelburg, München, Paris, Verden.
der Expedition: = D. Sch. Grünau: Fr. 2. — 2 Cu. erh. — Weng. Wähl: Fr. 2. — 2. Cu. erh. — W. W. Thra. Joch: Fr. 10. — 4. Cu. erh. — Der Alte vom Berg: Fr. 2. 35 Ab. 3. Cu. erh. — J. R. Fr. Fr. 4. 50 Ab. 2. Cu. erh. — A. R. Fr. Fr. Fr. 2. 50 Ab. 2. 20 Pf. Ab. 3. u. 4. Cu. erh. — Arg. Robb: Fr. 2. 35 Ab. 3. Cu. erh. =

Mie Garde: Fr. v. 25. am 27/6 erh. u. beantw. Bankbuchrechnung unthunlich u. zwar in beiderseitigem Interesse. Also sofort nach Besorgg. Verläge mellen. Grub! — Fortwärts Buenos-Aires: Adr. G. B. u. Co. genügt (ohne Coop.) Besllg. folgt. Blg. R. 5. f. B. kann hierher erfolgen. Cassa erwartet. Fr. v. 31/6 folgt 7 1/2 Pct. Strassporto, da Doppelgewicht und nur mit 12 Centa. v. 30 frankt war. Bl. folgt. — B. Wagn. Glenshaw: Doll. 3. — Ab. 3. u. 4. Cu. u. S. erh. 27/6 folgt. — A. G. New-York: Doll. 158. 15 in Paar u. Gr. am 27/6 erh. u. Bllg. notirt. Bl. Weiteres. Kmtt. erwartet. — W. W. W. 20. — 2. Cu. erh. u. 3. Cu. erh. u. 4. Cu. erh. u. 5. Cu. erh. u. 6. Cu. erh. u. 7. Cu. erh. u. 8. Cu. erh. u. 9. Cu. erh. u. 10. Cu. erh. u. 11. Cu. erh. u. 12. Cu. erh. u. 13. Cu. erh. u. 14. Cu. erh. u. 15. Cu. erh. u. 16. Cu. erh. u. 17. Cu. erh. u. 18. Cu. erh. u. 19. Cu. erh. u. 20. Cu. erh. u. 21. Cu. erh. u. 22. Cu. erh. u. 23. Cu. erh. u. 24. Cu. erh. u. 25. Cu. erh. u. 26. Cu. erh. u. 27. Cu. erh. u. 28. Cu. erh. u. 29. Cu. erh. u. 30. Cu. erh. u. 31. Cu. erh. u. 32. Cu. erh. u. 33. Cu. erh. u. 34. Cu. erh. u. 35. Cu. erh. u. 36. Cu. erh. u. 37. Cu. erh. u. 38. Cu. erh. u. 39. Cu. erh. u. 40. Cu. erh. u. 41. Cu. erh. u. 42. Cu. erh. u. 43. Cu. erh. u. 44. Cu. erh. u. 45. Cu. erh. u. 46. Cu. erh. u. 47. Cu. erh. u. 48. Cu. erh. u. 49. Cu. erh. u. 50. Cu. erh. u. 51. Cu. erh. u. 52. Cu. erh. u. 53. Cu. erh. u. 54. Cu. erh. u. 55. Cu. erh. u. 56. Cu. erh. u. 57. Cu. erh. u. 58. Cu. erh. u. 59. Cu. erh. u. 60. Cu. erh. u. 61. Cu. erh. u. 62. Cu. erh. u. 63. Cu. erh. u. 64. Cu. erh. u. 65. Cu. erh. u. 66. Cu. erh. u. 67. Cu. erh. u. 68. Cu. erh. u. 69. Cu. erh. u. 70. Cu. erh. u. 71. Cu. erh. u. 72. Cu. erh. u. 73. Cu. erh. u. 74. Cu. erh. u. 75. Cu. erh. u. 76. Cu. erh. u. 77. Cu. erh. u. 78. Cu. erh. u. 79. Cu. erh. u. 80. Cu. erh. u. 81. Cu. erh. u. 82. Cu. erh. u. 83. Cu. erh. u. 84. Cu. erh. u. 85. Cu. erh. u. 86. Cu. erh. u. 87. Cu. erh. u. 88. Cu. erh. u. 89. Cu. erh. u. 90. Cu. erh. u. 91. Cu. erh. u. 92. Cu. erh. u. 93. Cu. erh. u. 94. Cu. erh. u. 95. Cu. erh. u. 96. Cu. erh. u. 97. Cu. erh. u. 98. Cu. erh. u. 99. Cu. erh. u. 100. Cu. erh. =

Paris. Deutscher Sozialistenklub.

Unser Klublokal befindet sich
28 Rue du Roi de Sicile
und laden wir Freunde und Genossen zum Besuche ein.
Sozialistische Zeitungen liegen aus.
Jeden Donnerstag Abend Versammlung.
Das Komitee.

Printed for the proprietors by the German Co-operative Publishing Co., 174 Kentish Town Road London N. W.